Beschluss Stellungnahmen zum Satzungsprozess / Urabstimmung

Antragsteller*in: Jan Eckhoff (Kreisgeschäftsführer)
Tagesordnungspunkt: 13. Verschiedenes

Antragstext

Der KV Hagen beschließt, folgende Stellungnahmen zum Satzungsprozess/Urabstimmung des Bundesverbandes an die Satzungskommission abzugeben:

1. BUNDESVERSAMMLUNG

Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Wir begrüßen ebenfalls die geplanten Änderungen zur Grundmandatsklausel.

Grundsätzlich sehen wir das Frauenstatut der GRÜNEN als eines der wichtigsten Prinzipien unserer Partei an. Durch die Grundmandatsklausel zur Bundesversammlung sind jedoch über 250 kleine Kreisverbände in Deutschland strukturell benachteiligt. Finden sich dort keine Frauen als ordentliche Delegierte, sind die Kreisverbände komplett von der Willensbildung auf der BDK ausgeschlossen. Engagierte Personen, die keine Frauen sind, sind in diesen Kreisverbänden grundsätzlich von einer Teilnahme als ordentliche Delegierte strukturell ausgegrenzt. Eine gerechte Lösung wäre die Anhebung der Grundmanate auf generell zwei Personen; wir verstehen jedoch, dass das zu erheblichen organisatorischen Problemen führen würde. Deshalb begrüßen wir die Konkretisierung des Frauenstatutes bei der Grundmandatsklausel in der vorgeschlagenen Form mit sehr klaren und strikten Bedingungen.

2. GREMIENREFORM

Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Bei der Gremienreform haben wir jedoch deutlichen zusätzlichen Informationsbedarf.

Die Einrichtung eines Mitgliederrates, in dem bei wichtigen, parteiweiten Entscheidungen auch Mitglieder zu Wort kommen können, die ansonsten keine Ämter oder Mandate haben, erscheint uns sinnvoll. Allerdings erschließt sich uns nicht, auf welche Art die Mitglieder gelost werden, ob eine vorherige Bewerbung notwendig ist und was bei einer Ablehnung passiert. Ohne Kenntnis einer konkreten Mitgliederratsordnung sehen wir uns außer Stande, uns zu diesem Punkt eine klare Meinung zu bilden.

Bei der Reform des Parteirates erschließt sich uns nicht, warum wir GRÜNEN ein solches Gremium in der geplanten Zusammensetzung mit Minister*innen, Bundesratsmitgliedern usw. überhaupt brauchen. Kontroverse Themen werden in unserer Partei naturgemäß im Plenum diskutiert und nicht von einer kleinen Gruppe Machtträger*innen.

3. BUNDESVORSTAND

Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Die geplanten Änderungen beim Bundesvorstand sehen wir jedoch deutlich kritisch.

Die Umbenennung der politischen Geschäftsführung in Generalsekretariat halten wir nicht für sinnvoll, da sowohl der Begriff wie auch eine nicht mehr nur nach innen gerichtete Funktion, sondern eine weitere Person im Fokus der Öffentlichkeit, nicht unserem Verständnis von grünen Strukturen entsprechen.

Die weitere Aufweichung der Trennung von Amt und Mandat im Bundesvorstand lehnen wir ab. Es gehört seit jeher zu den grünen Grundwerten, nicht zu viel Macht auf zu wenige Personen zu verteilen. Auf Bundesebene muss es möglich sein, ausreichend engagierte und erfahrene Personen zu finden, die unsere Partei in ihrer Gesamtheit repräsentieren und nicht gleichzeitig ein politisches (Bundestags-)Mandat inne haben.

4. VIELFALTSTATUT

Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Wir begrüßen außerdem jede Initiative, die die Vielfalt und Repräsentation marginalisierter Gruppen innerhalb unserer Partei stärkt.

Begründung

Anfang März hat ein groß angelegter Reformprozess der Strukturen und Satzung des Bundesverbandes der GRÜNEN begonnen. Bis zum 31. März 2026 haben alle Mitglieder und Organisationen innerhalb der Partei die Möglichkeit, Stellungnahmen zu den vier Säulen der Reform abzugeben.

Am 11. März 2026 fand im KV Hagen eine Online-Informationsveranstaltung statt, an der zwölf Mitglieder unsere Kreisverbandes teilgenommen haben:

Marcus Brand, Martina Dahm, Jan Eckhoff (Kreisgeschäftsführer), Susanne Emmerich, Karin Köppen (Ratsfraktion, Bürgermeisterin), Stefan Meister, Katrin Münzel, Michael Münzel, Vanessa Oblotzki (Kreisvorstand), Hans-Georg Panzer, Fynn Ole Royla (Grüne Jugend), Barbara Thormählen (Kreisvorstand)

Gemeinsam wurden die geplanten Reformen diskutiert und sich auf Stellungnahmen geeinigt. Diese Stellungnahmen möchten wir mit einem Votum des Kreisveberbandes ausstatten und fristgerecht einreichen.